



## Stellungnahme zur Pressemitteilung des MDR vom 20.11.2018

**Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Karola Wille,**

Am 20.11.2018 versandte der MDR beiliegende Pressemitteilung und Informationen zum Thema Inklusion.

Wir würdigen diese Bemühungen des MDR prinzipiell sehr und wissen um die gesellschaftliche Notwendigkeit der Bewusstmachung von inklusiven Maßnahmen, wozu der MDR einen wichtigen Beitrag leistet.

Wir möchten mit nachfolgender Stellungnahme die Beeinträchtigungen in den Bereichen Körper, Sinne und Kognition nicht gegenrechnen oder minderwerten.

Wir möchten jedoch darauf aufmerksam machen, dass in dem jetzigen Fokus des MDR der Bereich der psychischen Beeinträchtigung vollkommen fehlt.

Auch die Tatsache, dass körperliche und kognitive Beeinträchtigungen mit psychischen Beeinträchtigungen einhergehen können, oder dass die Erschütterungen, die von einer Erkrankung ausgelöst werden, auch psychische Schäden zur Folge haben können, findet keine Beachtung.

Dies spiegelt leider eine von uns häufig gemachte Erfahrung wieder, dass der Umgang mit psychisch beeinträchtigten Menschen eine große Verunsicherung auslöst, auf die entweder mit Vermeidung / Ignoranz reagiert wird, der Gleichsetzung mit kognitiven Beeinträchtigungen oder mit einer verschämten Alibirolle, die uns in politischen Gremien zugewiesen wird. An konkreten gesundheitspolitischen Entscheidungen sind wir in vielen Fällen in Sachsen nicht einmal beteiligt.

Als Beispiele seien hier genannt:

- geplante Psychiatrieneubauten,
- die geplante Schließung der Klinik Weißer Hirsch oder
- der seit 1996 ausstehende Umbau der unzumutbaren Akutstation in der Universitätsklinik Dresden.

Auch im Wissenschaftsbereich (z.B. Studium der Psychologie an den Universitäten in Dresden, Leipzig und Chemnitz) wird die Perspektive der Betroffenen nicht gehört, sondern nur über sie gelernt, statt mit ihnen.

Die Nichtbeteiligung von Psychiatrieerfahrenen und Nutzer\*innen des psychiatrischen Hilfesystems, ihre fortgesetzte Stigmatisierung in der Öffentlichkeit und die Ausgrenzung aus zahlreichen Lebensbereichen widersprechen sowohl der UN-BRK als auch der Menschenrechtskonvention. Ausgrenzung und Stigmatisierung führen dazu, dass Betroffene ihre Erkrankung verschweigen und verstecken (müssen?), um gesellschaftlich akzeptiert zu werden und ein sinnerfülltes Leben führen zu können. Dies ist oft mit enormen zusätzlichen Belastungen verbunden und gefährdet den Genesungsprozess. Besonders deshalb ist eine Veränderung der Darstellung von psychischen Erkrankungen in der Öffentlichkeit so wichtig, um hier ein Umdenken zu erreichen.

**Wir nehmen deshalb die Pressemitteilung des MDR zum Anlass, auf diese inakzeptable Situation nachdrücklich hinzuweisen.**

**Wir machen darauf aufmerksam,** dass der Inklusionsgedanke auch psychisch beeinträchtigte Menschen einschließt.

### EX-IN Sachsen e.V.

Hoyerswerdaer Str. 21  
01099 Dresden

**Tel.:** 01520 568 24 89 (Fr. 13-15 Uhr)

**Mail:** [info@ex-in-sachsen.de](mailto:info@ex-in-sachsen.de)

**Web:** [www.ex-in-sachsen.de](http://www.ex-in-sachsen.de)

anerkannte gemeinnützige Körperschaft

**Steuernummer:** 202/140/19923

**Vereinsregister:** VR 11220

### Bankverbindung:

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE92 8505 0300 0221 1585 45

BIC: OSDDDE81XXX

**Wir machen darauf aufmerksam**, dass es seit vielen Jahren eine sehr aktive Bewegung der Psychiatrieerfahrenen gibt, die Recovery und Empowerment aktiv fördern und damit einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitswesen leisten.

Dazu gehören (um nur einige Beispiele zu nennen):

- Selbsthilfegruppen
- die Unterstützung durch eigene Aus- und Weiterbildungsangebote (z.B. durch EX-IN)
- politische Mitwirkung,
- die Einbeziehung der Kompetenz von Psychiatrieerfahrenen innerhalb des psychiatrischen Hilfesystems oder bei Behörden und in Firmen.  
In anderen Bundesländern ist dies längst Alltag, in Sachsen hingegen kaum bekannt.
- die Aufklärung in Schulen (z.B. durch die Initiative "Verrückt - na und")

**Wir machen darauf aufmerksam, dass die konstatierte Zunahme an psychischen Belastungen und psychischen Beeinträchtigungen dringend ein Umdenken in Sachsen erfordert.**

U.a. durch ein tatsächliches Mitspracherecht und die aktive Einbeziehung von Menschen mit einer psychischen Krisenerfahrung und deren Angehörigen:

- bei politischen Entscheidungen
- in der Öffentlichkeit
- bei der Finanzierung peergeleiteter Unterstützungsprojekte
- im Umgang mit Betroffenen - sowohl im medizinischen als auch im gesamtgesellschaftlichen Bereich (z.B. durch die Respektierung ihrer Rechte und Selbstbestimmungsfähigkeit, u.a. durch Behandlungskonferenzen statt Visiten, Behandlungsvereinbarungen und Anerkennung von Patientenverfügungen für psychische Krisenfälle)
- in dem Bildungssystem (z.B. bei der Ausbildung von Psychologen und Sozialarbeitern an den sächsischen Universitäten und Hochschulen)
- im Bereich der Hilfsangebote (z.B. durch den Einsatz von Genesungsbegleitern in der ambulanten und stationären Versorgung)
- bei der stärkeren Einbeziehung von Eigenerfahrenen und deren Angehörigen (z.B. bei Beratungsstellen, Kontaktbereichen von Behörden oder Weiterbildung von Mitarbeitern)
- bei der Zugänglichkeit zu individuell leistungsgerechten Bildungs- und beruflichen Rehamöglichkeiten
- bei der Gewährung von Nachteilsausgleichen, wie sie bei anderen Beeinträchtigungen längst üblich sind.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen, sind offen für Fragen und Anregungen und sind gespannt auf ein gutes Miteinander.

Mit freundlichen Grüßen

EX-IN Sachsen e.V.  
Hoyerswerdaer Str. 21  
01099 Dresden

Mail: [info@ex-in-sachsen.de](mailto:info@ex-in-sachsen.de)  
homepage: [www.ex-in-Sachsen.de](http://www.ex-in-Sachsen.de)

14.12.2018